

Beschlüsse

Antrag 1:

Die politischen Gremien in der Europäischen Union werden aufgefordert, sich verstärkt dafür einzusetzen, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere die berufliche Ausbildungssituation, in allen Mitgliedsstaaten innerhalb der EU verbessert.

Antrag 2:

Die Landesregierung Baden-Württemberg wird aufgefordert, Bildungsurlaub ausschließlich für die berufliche Fort- und Weiterbildung einzuführen.

Antrag 3:

Der Landesvorstand der AGS Baden-Württemberg fordert von der Landes-SPD, dass künftig bei Gesetzgebungsverfahren mit Auswirkungen auf die Wirtschaft der interne Sachverstand der AGS in die Entscheidungsfindung der von der SPD Baden-Württemberg geführten Ministerien einbezogen wird.

Antrag 4:

Die AGS Baden-Württemberg fordert die SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg auf, darauf hinzuwirken, dass der Begriff der Daseinsvorsorge, die in die Zuständigkeit der Kommunen fällt, klar definiert wird.

Antrag 5:

Die AGS Baden-Württemberg fordert: keine Mehrbelastung für die Wirtschaft durch die geplante Maut für PKW und Klein LKWs.

Antrag 6:

Die AGS Baden-Württemberg fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 2015 die kalte Progression abgeschafft wird, und die Grund- und Splittingtabelle neu konzipiert werden.

Antrag 7:

Die SPD Bundestagsfraktion und der Bundeswirtschaftsminister werden aufgefordert:

1. Das im Koalitionsvertrag erklärte Ziel „Breitbandversorgung mit mindestens 50MBit/s für alle Haushalte bis 2018“ umzusetzen
2. Dazu sind ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen
3. Langwierige Forschungen mit dem Ziel, „für die Ewigkeit“ bauen zu wollen sowie weitere Forschungen mit dem Ziel Erdbeben- oder Tsunamisicherheit sind einzustellen oder zeitlich vom Ausbau zu entkoppeln sind.